

Gerald Fricke

**Mit Sicherheit nur Unsicherheit
Sicherheit, Umwelt und Terror –
die Konjunktur einer rhetorischen Figur**

Erschienen in: Dietmar Fricke/Jörg Meyer: Sicherheit in einer neuen Weltära. Festschrift für Erhard Forndran zum 65. Geburtstag, Frankfurt a.M. 2003, S. 35-49.

Der epochale elfte September 2001 hat der Sicherheit in vielen Ländern eine außerordentlich hohe Konjunktur verschafft. Als Antwort der Sicherheitspolitik auf die terroristischen Anschläge von New York und Washington erleben wir seitdem den amerikanischen ‚Feldzug gegen den Terror‘ und verschärfte Bemühungen in den westlichen Staaten die ‚nationale Sicherheit‘ zu schützen: durch neue Anti-Terror-Gesetze, Einschränkungen der freiheitlichen Rechte oder verschärfte Einwanderungsbedingungen und neue Grenzkontrollen. Auch die ‚Jahrhundertflut‘ im Sommer 2002 bedrohte in Europa die Sicherheit vieler Menschen. Gleichzeitig werden seit 1999 sozialdemokratische Regierungen der Reihe nach abgewählt und rechtspopulistische Bewegungen, die sich unter anderem eine Stärkung der inneren Sicherheit auf die Fahnen geschrieben haben, kommen in Regierungsverantwortung – in Italien, Österreich, den Niederlanden oder Dänemark.

Was also hat es mit der aktuellen Sicherheit auf sich? Wie lässt sich das Hoch der Sicherheitspolitik erklären, welche Antworten und Analyseinstrumente kennt die Politikwissenschaft?

Aber: Ist die Frage nach der Sicherheit überhaupt richtig gestellt? Lassen sich terroristische Anschläge, Naturkatastrophen oder Umweltkrisen sinnvollerweise als Probleme der Sicherheitspolitik interpretieren? Wie sinnvoll und lohnenswert erscheint überhaupt die zu beobachtende Konzentration auf die Sicherheit, welche alternativen Sichtweisen könnten sich ergeben, welche Instrumente der Analyse?

Auf diese Fragen soll im Folgenden eingegangen werden. Dazu werden drei aktuelle Debatten kurz betrachtet:

- Die innenpolitische Diskussion um die ‚innere Sicherheit‘,
- die politikwissenschaftliche Debatte in den Internationalen Beziehungen über das ‚Sicherheitsdilemma‘ und
- die Ausweitung der Sicherheit auf die internationale Umweltpolitik.

Als Fazit soll schließlich nach ‚besseren‘ Analyseinstrumenten und alternativen Interpretationen der Sicherheit gefragt werden.

1. Innenpolitik: Mit Sicherheit eine starke Marke.

Es gibt keine absolute Sicherheit, aber das Bedürfnis nach größtmöglicher Sicherheit - nach Schutz vor Unwetter, militärischen Bedrohungen oder dem Verlust des Arbeitsplatzes. Sicherheit ist eine subjektive, relative und emotionale Angelegenheit. Vornehme Menschen aus Hamburg-Blankenese beispielsweise wählten, neben dem ADAC-Schutzbrief, in der Wahl zum Hamburger Senat 2001 die Schill-Partei, um sich am Hamburger Hauptbahnhof sicherer vor Junkies zu *fühlen*. Anti-Terror-Pakete werden mit der Angst vor Ossama Bin Laden geschnürt, wobei jeder Interessierte erkennen könnte, dass etwaige biometrische Angaben im Personalausweis der Attentäter nicht die Anschläge des Elftenseptembers verhindert hätten – eher schon eine solide Karateausbildung der betroffenen Flugzeug-Piloten.

Was ist sicher, was unsicher? Welches Verhalten dient der Sicherheit, welches sorgt für Unsicherheit? Diese Frage wird nicht von objektiven Fakten oder Naturgesetzen bestimmt, sondern von mächtigen und weniger mächtigen Akteuren mit unterschiedlichen Potentialen zur Durchsetzung ihrer Interessen.

Allgemein lassen sich, so die Beobachtung, in der innenpolitischen Praxis und der öffentlichen Wahrnehmung drei populäre Einstellungen ausmachen:

- Die regressive oder schwämerische Antwort lautet: ‚Früher war alles besser.‘ Die linke Regression sagt: Früher war Vater Staat noch ein ‚planender‘ und ‚aktiver‘ und hatte die Sicherheit fest in öffentlicher Hand. Die Sicherheit, ob die im öffentlichen Nahverkehr, in der Badeanstalt oder im Arbeitsleben, wurde vom Staat geregelt, verwaltet und überwacht. Die Malasie begann mit der Politik der Deregulierung und Privatisierung. Der Markt mag effizientere Ergebnisse hervorbringen, verschärft aber die Unsicherheiten. Auch die rechte Regression flüchtet sich in das sichere Gehäuse von gestern. Die vaterländische Regression etwa verweigert sich in der Zuwanderungspolitik einem modernen Staatsbürgerrecht.
- Die resignative oder (neo-)liberale Antwort lässt sich in dem Satz ‚Kümmere Dich selbst!‘ bündeln. Der Staat, die Politik, können keine Sicherheiten (mehr) bieten. Deshalb: Kümmere Dich selbst: um Deine Sicherheit im Internet, in der U-Bahn oder in Deiner Wohnung. Werde aktiv. Gründe eine private Initiative, patrouilliere in Deinem Viertel, stelle einen privaten Wachdienst ein oder bewaffne Dich mit Pfefferspray.
- Diese Antwort korrespondiert mit der postmodernen, relativistischen oder zynischen Aussage: ‚Sicherheit gibt es nicht.‘ Damit ist gemeint: Sicherheit ist eine inhaltsleere Kategorie, ein soziales Konstrukt. Alles ist relativ. Was bedeutet eine unerspülte Dresdner Semperoper gegen eine Überschwemmungskatastrophe in Bang-

ladesh? Wir sollten keine falschen Fragen stellen, uns nicht den Kopf über die Sicherheit zerbrechen, so diese Position in extremo. Und der Golfkrieg hat gar nicht stattgefunden.

Diese Skizzen zeigen, so die Behauptung, den immergrünen Charakter der Sicherheit als einer starken Marke. Die Marke innere Sicherheit floriert heute als Idee, als Erfahrung und Lifestyle. Das gilt nicht nur für die neuen rechtspopulistischen Bewegungen, die seit Ende der neunziger Jahre in Europa für Furore sorgen, sondern auch für die Volksparteien. Traditionellerweise ist die innere Sicherheit bei den konservativ-bürgerlichen Parteien in Europa in den besseren, bewährteren Händen. Aber auch die Vordenker einer modernen Sozialdemokratie jenseits von ‚Links und Rechts‘ haben bereits seit Mitte der neunziger Jahre Recht und Ordnung als neue, alte sozialdemokratische Werte entdeckt, zunächst bezogen auf New Labour in Großbritannien (exemplarisch: Giddens 1997).

Die Sicherheit eignet sich zur politischen Instrumentalisierung wie kaum ein zweites Thema der Politik. Wollen Parteien erfolgreich sein und wiedergewählt werden, sind sie tunlichst angehalten, Marken und Images herzustellen, nicht unbedingt Politik im materiellen Sinne zu produzieren, wie es die gute alte Parteiendemokratie vorsieht. Die Parteien konkurrieren um Anteile am Wählermarkt; eine wichtige Aufgabe besteht darin, Images zu produzieren und diese erfolgreich zu vermarkten. Da sich die Produkte der Politik immer weiter ähneln, muss mit den Images eine Verschiedenheit suggeriert werden. Das gilt natürlich auch für andere Politikfelder: Seht her, mit der Ökosteuer stehen wir für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie; mit dem Besuch der Sudentendutschen stehen wir für Nation und Vaterland; mit Milch für Kuba zeigen wir unsere Solidarität mit den Geknechteten dieser Welt.

2. Internationale Beziehungen: Mit Sicherheit ins Dilemma

Welche Antworten gibt die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Sicherheitspolitik? Die Sicherheit ist insbesondere in den ‚Internationalen Beziehungen‘ (IB) eine feste analytische Größe. Das Fach der Internationalen Beziehungen¹ gruppiert sich um die zentralen Begriffe Staat, Anarchie, Krieg, Frieden und die Sicherheit (grundlegend zu neueren ‚Erklärungsversuchen internationaler Beziehungen‘: Forndran 1996; 1997). Die Theorien der IB versuchen, sehr knapp formuliert, alle Interaktionen (staatlicher) Akteure über staatliche Grenzen hinweg regelgeleitet zu beschreiben, zu strukturieren

¹ Mit den ‚Internationalen Beziehungen‘ ist das entsprechende (akademische) Fach gemeint (abgekürzt mit ‚IB‘), mit den (kleingeschriebenen) ‚internationalen Beziehungen‘ deren Gegenstand (engl.: ‚international relations‘, IR).

und zu erklären. Traditionellerweise beschäftigen sich die IB mit der Sicherheits- oder Anarchieproblematik im internationalen System (realistisch), den Möglichkeiten internationaler Kooperation und Verrechtlichung (idealistisch) oder den Entwicklungen des Weltsystems, bzw. der Weltgesellschaft (globalistisch).

Als Prämisse wird von einem ‚Nationalinteresse‘ und einem ‚Sicherheitsdilemma‘ ausgegangen, dass zu dem permanenten Streben nach Machterwerb und Machterhalt im internationalen System unabhängiger Staaten zwingt (Morgenthau 1973).

Das ‚realistische‘ Denkmodell der Welt als Staatenwelt konzipiert in seiner klassischen Form das internationale System als anarchische Struktur konkurrierender Staaten und verabsolutiert das Politikfeld Sicherheit unter gleichzeitiger Vernachlässigung der Wohlfahrt und demokratischen Partizipation. Alle internationalen Beziehungen werden als potentielle Gewaltbeziehungen gesehen, die auf den Krieg als die letztlich entscheidende Form der Auseinandersetzung hinauslaufen.

Für InstitutionalistInnen dagegen ist Wohlfahrt und Demokratie mindestens ebenso wichtig wie Sicherheit. Die funktionalistische These besagt, dass eine stärkere Zuwendung zu ökonomischen Fragen und der politischer Partizipation die Sicherheitsprobleme wenn nicht abschaffen, so doch deutlich abmildern könnte. InstitutionalistInnen setzen statt auf militärische Strategien (oder Bündnisse) auf die Institutionalisierung von Regimen, die auf freiwilliger Basis die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im internationalen Raum regeln. Während der Realismus letztlich als *ultima ratio regis* auf die militärische Gewalt vertraut, betonen seine Gegner die expandierende „Chance der Kooperation“ (Czempiel 1996, 5).

Die Staaten bleiben die zentralen Akteure im anarchischen internationalen System – Erhard Forndran (1997, 72) kritisiert daran zu Recht: „Staaten als Akteure und Machtstreben in Konkurrenz zu anderen sind sicherlich ein Teil der Wirklichkeit, aber eben nicht die ganze Realität.“ Aufgrund dieser Strukturierung, so Kenneth N. Waltz, habe sich ein Selbsthilfesystem der Staaten entwickelt, das einer Kooperation enge Grenzen setzt. Das Sicherheitsdilemma genießt weiterhin Priorität gegenüber ökonomischen Interessen – Sicherheit hat prinzipiell immer Vorrang vor Wohlfahrt. Das einzige denkbare alternative Strukturierungsprinzip, praktisch allerdings ausgeschlossen, ist das der Hierarchie, d. h. die globale Dominanz eines Akteurs. Das Gleichgewicht der Mächte wird daher als *die* politische Theorie internationaler Politik schlechthin benannt (Waltz 1979, 102-128). Dadurch muss die internationale Struktur praktisch unveränderlich bleiben. Damit, so ist zu kritisieren, bleibt diese am Status quo orientierte Argumentation tautologisch und kann einen etwaigen Wandel im internationalen System gar nicht erfassen.

Das Selbsthilfesystem führe in das Sicherheitsdilemma: jedes Streben nach absoluter Sicherheit eines Staates zwinge die anderen Staaten in ein ‚unsicheres‘ System. Wichtig wird daher die Frage nach der *relativen* Sicherheit (z. B. Holsti 1995). Zwischenstaatliche Übereinkünfte könnten diesem Ziel nützlich sein, letzten Endes dienen aber auch sie nur als taktische Instrumente im Kampf um die Macht. Der Partner von heute ist der Gegner von morgen, daher gilt prinzipiell der ‚Überlebensimperativ‘. Nur in dem seltenen Fall genauer Symmetrie der Gewinnverteilung sei Kooperation möglich (Grieco 1995) – im Zweifelsfall sei es aber besser, auf kurzfristige (Kosten-)Vorteile einer Kooperation zu verzichten, wenn als Preis dafür die Abhängigkeit von anderen Staaten steht.

Eine postmoderne Konzeption von Frieden, die hier nur kurz angedeutet werden soll, geht dagegen – in Abgrenzung zum Realismus – über das ‚moderne‘ Streben nach Sicherheit und die realistischen Gesetze der Stabilität und Ordnung hinaus (Beiträge in: Krause/Williams 1997). Die Suche nach eindeutiger Gewissheit in der Politik wird als müßig eingeschätzt, da das Leben als fortwährender Prozess inhärent unvollständig ist und Frieden keine abschließende Struktur und keinen geordneten Stand der Dinge bezeichnet, sondern eine Vorstellung („image“), die dauerhafter Anstrengung wert ist (Klein 1988). Nach postmoderner Auffassung erscheinen Unvollständigkeit, Fragmentierung und die Tolerierung von Differenzen als *realistischer* und politisch verantwortungsvoller denn die Gewissheiten eines Friedens durch Abschreckung (Ashley 1989).

Die Frage nach der Sicherheit muss also in den IB nicht zwangsläufig als Ausgangspunkt der Analyse gewählt werden. Aspekte der Sicherheit aber werden in vielen Arbeiten auf andere Politikfelder übertragen. Realisten als auch InstitutionalistInnen stimmen darin überein, dass die Sicherheit nicht (mehr) ausschliesslich militärisch, als Sicherheit vor kriegerischen Angriffen zu interpretieren ist. In den Mittelpunkt des Interesses ist dabei in den letzten Jahren die internationale Umwelt- und Klimapolitik gerückt. Dazu einige Bemerkungen.

3. Die Ausweitung: Mit Sicherheit schlechtes Klima

Die Umwelt spielte in der (neo-)realistischen Analyse der internationalen Beziehungen lange Zeit praktisch keine Rolle. Erst seit den achtziger Jahren lässt sich ein wachsendes Interesse für das Politikfeld Umwelt beobachten. Die Herausforderungen der globalen Umweltprobleme werden dabei aber nicht unter wohlfahrtstheoretischen oder demokratietheoretischen Aspekten betrachtet, sondern als Bestandteil der Sicherheitspolitik. Die normative Frage lautet nicht, wie Kooperationen und Institutionen zur Bearbeitung von Umweltproblemen geschaffen und erhalten werden könnten, sondern

wie der Gefährdung eines Staates durch Umweltbedrohungen durch andere Staaten zu begegnen ist Die Umwelt wird also über den Umweg Sicherheit erschlossen, der Begriff der ‚ökologischen Sicherheit‘ in die (realistische) Debatte eingeführt (z. B. bei: Wöhlcke 1997).

Die Behauptung von gefährlichen Konflikten um Ressourcen, die nur militärisch zu ‚lösen‘ wären, führt aber in die Irre: Ressourcenkonflikte lassen sich häufig trefflicher als Verteilungskonflikte interpretieren – und nicht als Umweltkonflikte. Die Natur ist nicht statisch, sondern dynamisch beschaffen, es existieren keine objektiven oder naturwissenschaftlich exakt definierten und militärisch zu schützenden Grenzen einer Ressource; diese werden vielmehr durch politisches und gesellschaftliches Handeln mitbestimmt.

Die Engführung von militärischer und ökologischer Sicherheit, das Konzept der ‚ökologischen Sicherheit‘ und, als ultima ratio, die militärische Lösung von Umweltkonflikten, birgt aber neuen Konfliktstoff mit voraussichtlich kontraproduktiven Auswirkungen für die internationale Umweltpolitik.

„Sicherheitsdenken ist Status quo-Denken, es ist statisch und partikularistisch. Im Vordergrund steht die Besitzstandswahrung. Umweltdenken muß hingegen global und dynamisch, also auf Wandel ausgerichtet sein. Das Umweltdenken betont Anpassung, das Sicherheitsdenken Abwehr und Kontrolle. Die Einführung des Sicherheitsdenkens in die Umweltpolitik führt dementsprechend zu einem Perspektivwechsel, der einer Lösung der Probleme, um die es geht, nicht dienlich ist“, urteilt Brock (1994, 453).

Das (realistische) Streben nach Sicherheit, soviel hat das Sicherheitsdilemma gelehrt, kann zudem in die Unsicherheit führen – und nur durch immer weitergehende und verstärkte Sicherheitsanstrengungen gemildert werden, die wiederum neue Unsicherheiten auslösen etc. (auch: Buzan et al. 1998). Das Sicherheitsdilemma beruht weniger auf objektiven Tatsachen, denn viel stärker auf Erwartungen und Interpretationen („beliefs“). Das Beschwören einer ökologischen Gefährdung der Sicherheit, bzw. eine globale Ressourcenschutztruppe der einen Seite wird das Bedrohungsgefühl der anderen Seite verstärken und schafft dadurch in der Praxis möglicherweise erst die prophezeite Situation – die wachsende Bedrohung der ökologischen Sicherheit. Die realistische Analyse führt so in die ‚self-fulfilling prophecy‘. Daher ist das realistisch geprägte Konzept der ‚ökologischen Sicherheit‘ normativ zurückzuweisen.

Realisten sehen das internationale System als notwendigerweise unabänderbar, sie entwickeln Analysen, die Kontinuität verheißen, sich nur um relative Gewinne kümmern und der Politik von einer staatlichen Kooperation abraten. Bezogen auf die Klimaverhandlungen zur Etablierung eines Klima-Regimes sei auf die ‚realistische‘ Argumentation der USA verwiesen: Die Vertreter der USA fürchteten, ausgehend von

dem Vorrang relativer vor absoluter Gewinne, vor allem das ‚free-riding‘ (Trittbrettfahren) anderer Staaten, die von etwaigen US-Klimaanstrengungen profitieren würden, ohne sich selber an den Kosten dieses gemeinsamen Gutes (der Stabilisierung des Weltklimas) zu beteiligen. „The US was unprepared to cooperate unless it had cast-iron guarantees that other countries would also, and assumed (being historically informed by realists) that such a level of cooperation would not be forthcoming. The theory becomes self-fulfilling“ (Paterson 1996, 112).

Der Neorealismus erscheint so als einzige Rechtfertigungsstrategie, *nicht* zu kooperieren. Am Beispiel der Klimapolitik zeigt sich zudem deutlich, dass die Umweltpolitik nicht im selben Sinne neorealistisch zu erklären ist wie die Sicherheitspolitik, das eigentliche Politikfeld des Realismus. Sicherheitsgefährdungen, bzw. militärische Bedrohungen sind nicht mit den aus Umweltproblemen erwachsenden Bedrohungen gleichzusetzen. Umweltgefahren stellen keine direkten Bedrohungen eines Staates durch einen anderen Staat dar.

Aber auch viele Idealisten und InstitutionalistInnen problematisieren den prognostizierten Klimawandel als eine Gefährdung der globalen Sicherheit. Hans Günther Brauch (1996) etwa sieht, durch die „globalen Herausforderungen“ des Klimawandels das „*Sicherheitsdilemma*“ der internationalen Politik durch ein „*Überlebens- oder Klimadilemma*“ abgelöst (Brauch 1996, 317). Der Politikwissenschaft falle dabei die Aufgabe zu, einen Beitrag zur „Problemerkennung, zur Problemstrukturierung, zur Problemerkklärung und zur Problemlösung“ zu leisten – und damit gar zur „Entwicklung von Strategien zur Überlebessicherung“ (Brauch 1996, 325).

Die Vorstellung aber, die Umwelt verursache Probleme, zu deren ‚Lösung‘ eine progressive Politikwissenschaft beizutragen hat, die omnipotente Position des Weltretters, der Überlebensstrategien oder Handlungsanleitungen anzubieten weiß, wird hier nur bedingt geteilt. Eine politologische Skepsis soll den Ansätzen entgegengebracht werden, die nur die Schädigung der guten Natur sehen können oder im Globalen, im vereinfachenden Singular von Menschheit, Umwelt oder Weltklima, ihre Zuflucht nehmen (auch: Radkau 2000) – und so die Tatsache vernachlässigen, dass die Natur von Menschen ‚gemacht‘ wird, dass lokale Bedingtheiten von Umweltpolitik, weltweite Machtasymmetrien und Ungleichheiten in der Welt vorherrschen.

Die Welt ist nicht ‚natürlich‘, sondern sozial geteilt. Sicherheits- und Umweltfragen sind politische Fragen. Die Welt ist nicht unbedingt durch das Anarchie-Prinzip und das Sicherheitsdilemma strukturiert, sondern durch eine globale kapitalistische Dynamik; diese konstituiert auch eine Sicht auf die Welt, in der weiterhin das Wirtschaftswachstum (wenn auch ‚nachhaltig‘ begrenzt) als entscheidender Entwicklungspfad gilt.

Die derzeit größte Konjunktur erlebt beispielsweise die Interpretation der Umweltkrise als Verschränkung einer Vielzahl von ‚globalen Umweltproblemen‘ für deren Lösung

neue Formen des weltweiten Regierens ohne Regierung oder neue Umweltregime gefordert werden (z.B. Zürn 1998). Die Interpretation der Umweltkrise als ‚globales Verteilungsproblem‘ ist dabei im wesentlichen marginalisiert, sie findet sich eher in Außenseiterpositionen.

Umwelt und Sicherheit sind politisch situiert und an Machtbeziehungen gebunden. In dem aktuellen Diskurs um internationale und innere Sicherheit und die ‚Verhandlungssache Umwelt‘ (Fricke 2001) entscheiden die mächtigeren Akteure darüber, welche Konzeptualisierungen, welche Ursachenbeschreibungen, Lösungswege oder Leitbilder akzeptiert und welche marginalisiert werden. Es gibt keine Umwelt außerhalb der Gesellschaft, so die These; auch keine Bestimmung für eine ökologische Katastrophe oder Krise jenseits der gesellschaftlichen Konstruktion von Natur und Umwelt.

Eine aktuelle, populäre Formel – oder besser: Phrase – lautet: *Nachhaltige Entwicklung*. Seit Mitte der neunziger Jahre wird über die Modalitäten eines transformierten ‚postfordistischen‘ Öko-Kapitalismus unter dem Stichwort ‚Sustainable Development‘ (‚nachhaltige Entwicklung‘) verhandelt. Das Leitbild Sustainable Development, bzw. *Sustainability* führt in seiner normativen Zielsetzung auf den ‚Brundtland-Report‘ von 1987 zurück und erfuhr seine allgemeine Verbreitung insbesondere durch den Gipfel der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Sehr allgemein wird im Brundtland-Report definiert: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne es zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987, 46).

Zwar werden in dem Brundtland-Bericht einige Zusammenhänge zutreffend erkannt, aber aus der Problemanalyse keinerlei Forderungen nach substantieller gesellschaftlicher Veränderung abgeleitet. Die hohe Konsensfähigkeit des Berichts wurde mit dem Verzicht auf Alternativvorschläge jenseits des bestehenden Entwicklungsmodells bezahlt. Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung suggeriert, den Konflikt zwischen Umweltinteressen und ökonomischen Interessen auflösen zu können. Bei der Durchsetzung der Maßnahmen vertraut dieses Konzept auf den politischen Willen der Regierungen und Unternehmen – auf den Willen also von Akteuren, denen mehrheitlich eine systematische Nichtumsetzung der Rio-Beschlüsse bescheinigt werden kann.

Sustainable Development sei tendenziell als ein öko-imperialistischer Diskurs zu begreifen, so die Kritik, als der Versuch der Etablierung eines neuen ‚Öko-Kapitalismus‘, der keine Lösungen für ‚reale‘ Probleme bietet (z.B. Spehr 1999). Zur Erklärung des Verhältnisses von Nachhaltigkeit und Macht wird der Welt-System-Ansatz Wallersteins (1974) herangezogen. Nicht mehr das materielle Verteilungsproblem stehe im Vordergrund, sondern das der Entwicklung und Zukunftsfähigkeit der Weltgesellschaft. Die Unschärfe, der Kompromiß- und Leerformel-Charakter des Nachhaltigkeits-Konzeptes sei gewollt; es verspreche die

keits-Konzeptes sei gewollt; es verspreche die Auflösung aller Gegensätze zwischen der Entwicklungsdynamik des globalisierten Kapitalismus und dem Zustand der natürlichen Umwelt.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs sei ein Angebot „von oben“ an die sozialen Bewegungen zum Mitgestalten. Die Bereitschaft der Nicht-Regierungsorganisationen „etwas zu tun“ werde durch eine Art „Ökokorporatismus“ instrumentalisiert; die Debatte über globale Umweltprobleme schaffe ein Klima, in dem alle ideologischen und politischen Differenzen unter der Maßgabe, die Zukunft der Menschheit sicherzustellen, als Nichtigkeiten erscheinen (Eblinghaus/Stickler 1996, 163 u. 39).

Entscheidende Bedeutung fällt in dieser Analyse dem Hegemonie-Begriff zu. Die fordistische Regulationsweise der westlichen Industriestaaten – in Gestalt des keynesianischen Wohlfahrtsstaates – führte Mitte der siebziger Jahre in die Weltverflechtungskrise und zugleich in die Ökokrise. Sustainable Development erweise sich nun als der Versuch ein neues, postfordistisches hegemoniales Projekt zu etablieren, welches tendenziell die Möglichkeit biete, „kritische gesellschaftliche Potentiale zu kooptieren und Alternativen jenseits der kapitalistischen Gesellschaft zu diskreditieren“ (Eblinghaus/Stickler 1996, 168).

Nachhaltige Entwicklung also nur ein Fall für die Ideologiekritik? Natürlich will das Nachhaltigkeits-Konzept die kapitalistische Produktionsweise nicht abschaffen, sondern ökologisch „modernisieren“; für Eblinghaus/Stickler (1996, 156) kein „Schritt in die richtige Richtung“, sondern ein „notwendiger Schritt zur Herrschaftssicherung“.

Was ist davon zu halten?

4. Sicherlich die bessere Alternative

In der Tat bietet die Umwelt, bzw. die Natur zunächst keinen unmittelbaren Anlaß zu romantischer Schwärmerei, vielmehr ist die natürliche Umwelt ein von Menschen erfundener und mit historisch wechselnden Bedeutungen besetzter Begriff, der von Beginn an auch zur Legitimierung von Herrschaft gedient hat.

Allerdings bleibt auch eine Kritik tautologisch, die feststellt, dass der Kapitalismus ausgerechnet kapitalistisch organisiert ist. Trotz der übergreifenden Akzeptanz des Leitbildes der Nachhaltigkeit ist es zudem verfehlt, von *einem* neuen hegemonialen Diskurs oder *einem* neuen Paradigma zu sprechen. Zutreffender erscheint es, von mehreren konkurrierenden Interpretationen auszugehen, die allerdings von einer Mainstream-Interpretation des Begriffes dominiert werden, die das Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt stellt und bei den Regierungen des Nordens und ‚ihren‘ Organisationen (IMF, Weltbank etc.), bei Wirtschafts- und Konzernvertretern und in der neoklassischen Umweltökonomie vorherrscht (Missbach 1997, 86f.).

Die ‚Hegemonie‘ steht auch im Zentrum der neo-gramscianischen Sicht auf die Internationalen Beziehungen und die Weltpolitik. Hegemonie besteht nach Gramsci (1967) dann, wenn es einer herrschenden Klasse – dem hegemonialen Block – gelingt, ihre Herrschaft als natürlich und normal erscheinen zu lassen. Eine hegemoniale Ordnung definiert die Grenzen innerhalb derer sich Ideen und Konflikte artikulieren. In der Regel konstituiert sich die Hegemonie in einem Zusammenschluss herrschender Eliten von Staat und Zivilgesellschaft. Diese soziale Ordnung, die Hegemonie, muss permanent reproduziert und erhalten werden.

Einige Forscher versuchen, hegemonietheoretische Überlegungen der Regulationsschule und der Internationalen Politischen Ökonomie im Kontext der Globalisierung transnational neu zu formulieren (insbes.: Gill 1993). Eine kritische Theorie, so Cox (1981, 89), will gleichsam neben der bestehenden Ordnung der Welt stehen und danach fragen, wie diese Ordnung überhaupt entstanden ist, anstatt sie sofort zur realen Grundlage von Theorie und Praxis zu machen. Sie nimmt Institutionen und soziale Machtverhältnisse nicht als gegeben an, sondern untersucht deren Wandlungsfähigkeit.

Ziel des Neo-Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie ist es, die Widersprüche der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufzuspüren, und nach Perspektiven eines ‚gegenhegemonialen Projekts‘ Ausschau zu halten (Röttger 1997). Zu kritisieren ist an vielen neo-gramscianischen Arbeiten allerdings, dass – mit verschwörungstheoretischen Untertönen – eine innere Kohärenz des Neoliberalismus, der globalen kapitalistischen Managerklasse, bzw. der Träger des ‚neoliberalen Projekts‘ angenommen wird, die in dieser Form faktisch kaum oder gar nicht nachzuweisen ist.

Auch Michael Hardt und Antonio Negri (2002) haben in ihrem ‚Empire‘ versucht, mit deutlichen Anklängen an Gramscis Hegemonie-Begriff aus den zwanziger Jahren, den postmodernen Kapitalismus im Zeitalter der Globalisierung theoretisch neu zu fassen. Die Phase des Imperialismus sei abgelöst worden vom ‚Empire‘, einem Weltreich ohne Zentrum, aber mit umfassenden Herrschaftsanspruch, das in seinem rastlosen Drang nach Ausdehnung jeden nationalstaatlichen Rahmen sprengt. Das Empire stehe für ein Reich vollendeter Totalität, in dem es keinen kritischen Standpunkt von „außen“ mehr gibt. „Aus der Perspektive des Empire ist alles so, wie es immer sein wird und wie es immer schon sein sollte“ (Hardt/Negri 2002, 13).

Die erste Aufgabe des Empire bestehe daher darin, den Bereich des Konsenses und der Zustimmung zur eigenen Macht auszudehnen; das Empire wird als ein weltumspannendes, schrankenloses, alles vereinnahmendes Monster gezeichnet, das überall regiert und unsere Köpfe beherrscht. Sämtliche Akteure und Staaten müssten sich – teils über-

zeugt, teils gezwungen – dem Netzwerk aus Regierungen und Konzernen, Institutionen und Ideologien anpassen. Aber, und jetzt kommt Hardts und Negris Dialektik ins Spiel, das allumfassende Empire birgt natürlich ebenfalls den Kern der Veränderung und Befreiung in sich; ja, es produziert und generiert sogar rund um die Uhr seine eigenen Totengräber. Denn seine Macht ist nur geborgt, sie stützt sich auf die ‚multitude‘, die Menge, auf uns. *Wir* reproduzieren eine soziale Ordnung, die als normal, natürlich und gottgegeben angesehen wird, wir alle stützen das Empire durch unser Handeln, ob in Old, New oder True Economy, in Verlagen, Fabriken oder in den Universitäten – und nur wir, die Menge, können es auch in seinem Kern verändern.

In der Verweigerung „freiwilliger Knechtschaft“ wird daher der „Beginn befreiender Politik“ gesehen (Hardt/Negri, 216). Entscheidend „*bleibt der Wille dagegen zu sein*“. Das „Gegen-Empire“ müsse daher eine „neue globale Vision sein, eine neue Art und Weise, in der Welt zu leben“ (Hardt/Negri 2002, 226).

Womit anfangen? Wir könnten uns zum Beispiel von vorherrschenden Begriffen, Schlagworten und Phrasen emanzipieren und ihren ideologischen Kern kenntlich machen. Angedeutet werden sollte hier der Schlagwort-Charakter der Sicherheit in der öffentlichen Wahrnehmung und seine offensichtliche Instrumentalisierung – ob zur Legitimierung militärischer Aktionen, zur Disziplinierung unsicherer Bündnispartner oder als ‚Marke‘ in der innenpolitischen Debatte. In der Politikwissenschaft wurde von Neorealisten die Umwelt als neue sicherheitspolitische Herausforderung entdeckt. Viele Institutionalisten und normativ-globalistisch orientierten Autoren dagegen sehen in den Herausforderungen von Globalisierung und globaler Umweltkrise einen wichtigen Anstoss zur Etablierung eines neuen ‚komplexen Welt-Regierens‘ (Zürn 1998) unter der Maßgabe einer Nachhaltigen Entwicklung.

In diesem Zusammenhang beherrscht das Modewort ‚Global Governance‘ seit Mitte der neunziger Jahre die einschlägigen Diskussionen. *Global Governance* soll ein neues administrativ-politisches Steuerungssystem globaler Prozesse kennzeichnen, das nicht nur die zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch Nicht-Regierungsorganisationen, Bürgerbewegungen und multinationale Konzerne umfasst (Commission 1995). Global Governance meint dabei nicht Entstaatlichung, sondern kennzeichnet die Veränderung der Form und Funktion, die Entgrenzung von Staatlichkeit.

Die umfassende ökonomische Globalisierung sorge, so beispielsweise Habermas (1998), zwar für eine Entmachtung des Nationalstaats, eröffne zugleich aber auch neue Chancen für eine neue transnationale Politik. Der globale Kapitalismus wird also nicht gefürchtet, sondern begrüßt, sorge dieser doch für die ‚postnationale Konstellation‘, für ein komplexes Zusammenspiel von sozialen Bewegungen und Nicht-

Regierungsorganisationen, für eine nationale Grenzen überschreitende Zivilgesellschaft einerseits und kooperationsfähige politische Regime andererseits.

Zu vermuten steht aber, dass auch weiterhin nur selektive Formen von Global Governance durchsetzbar sind, ein internationales Krisenmanagement etwa nur dann funktioniert, wenn die unmittelbaren Interessen wichtiger ‚global players‘ bedroht erscheinen. Zweifelhaft bleibt, ob sich die Weltgesellschaft ausschließlich auf den ‚good will‘ der handlungsmächtigsten Akteure verlassen sollte.

Auch die rhetorische Figur der Sicherheit, ob innere oder äußere, sollte sinnvollerweise nicht unreflektiert ins Zentrum der Untersuchungen gestellt, sondern vornehmlich als eine politische Kategorie analysiert werden: Als eine politikwissenschaftliche Frage von Macht und Herrschaft: Mit der quasi objektiven Sicherheit werden Wahlkämpfe geführt, Anti-Terror-Allianzen geschmiedet, hegemoniale Problemdefinitionen und autoritäre Lösungen formuliert. So stellte sich beispielsweise bereits in der Oder-‚Jahrhundertflut‘ von 1997 die Bundeswehr einem breiten Fernsehpublikum als neue Öko-Armee vor; ‚Umwelt-Katastrophe‘ und ‚innere Sicherheit‘ ließen sich in der innenpolitischen Diskussion trefflich verbinden.

Die Politikwissenschaft sollte, im besten aufklärerischen Sinne, diese Zusammenhänge verdeutlichen, nicht in Stereotypen denken oder in Phrasen sprechen - und zum Beispiel danach fragen, wem eine Debatte um Sicherheit *nutzt* und wem nicht. Dazu gehören, neben der Aufgeschlossenheit für neues, unerhörtes Denken, eine intellektuelle Lust und Toleranz, eine klare Sprache und nicht zuletzt der Mut zum Urteil.

Das mag zugleich sehr pathetisch und leicht ironisch klingen – und darf auch so verstanden werden. Denn ein reflexives Herangehen an Fragen der Politik verträgt eben auch Durchlässigkeiten der Grenzen von Ironie und Pathos.

Literatur

- Ashley, Richard K., 1989: Living on Border Lines: Man, Poststructuralism, and War, in: DerDerian, James/Shapiro, Michael J. (Hg.), 1989: International/Intertextual Relations, Lexington, 259-321
- Brauch, Hans Günter, 1996: Internationale Klimapolitik, Klimaaußen- und Klimainnenpolitik – konzeptionelle Überlegungen zu einem neuen Politikfeld; in: Brauch, Hans Günter (Hg.), 1996: Klimapolitik. Naturwissenschaftliche Grundlagen, internationale Regimebildung und Konflikte, ökonomische Analysen sowie nationale Problemerkennung und Politikumsetzung, Berlin u.a., 315-332
- Brock, Lothar, 1994: Ökologische Sicherheit. Zur Problematik einer naheliegenden Verknüpfung; in: Hein, Wolfgang, (Hg.), 1994: Umbruch in der Weltgesellschaft. Auf dem Wege zu einer ‚Neuen Weltordnung‘?, Hamburg
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Joap, 1998: Security. A new Framework for Analysis, Boulder
- Cox, Robert W., 1981: Social forces, states and world orders: beyond international relations theory; in: Cox, Robert (mit Tomothy J. Sinclair), 1996: Approaches to World Order, Cambridge, 85-123

- Czempiel, Ernst Otto, 1996: Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht; in: Knapp, Manfred/Krell, Gert, (Hg.), 1996: Einführung in die internationale Politik, München
- Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin, 1996: Nachhaltigkeit und Macht: zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt/M.
- Forndran, Erhard, 1996: Grenzen des Realismus. Zu Erklärungsversuchen internationaler Beziehungen. Teil I: Die neuen Elemente internationaler Beziehungen und die Entwicklung der Theorie; in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 6 (1996) 4, 997-1042
- Forndran, Erhard, 1997: Grenzen des Realismus: Zu Erklärungsversuchen internationaler Beziehungen. Teil II: Zu Reichweite realistischer Argumentation; in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 7 (1997) 1, 33-77
- Fricke, Gerald, 2001: Von Rio nach Kyoto. Verhandlungssache Weltklima: Global Governance, Lokale Agenda 21, Umweltpolitik und Macht, Berlin
- Giddens, Anthony, 1997: Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt/M.
- Gill, Stephen (Hg.), 1993: Gramsci, Historical Materialism and international Relations, Cambridge
- Grieco, Joseph M., 1995: Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism; in: Kegley, Charles W. Jr., 1995: Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge, New York, 151-172
- Habermas, Jürgen 1998: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt/M.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio, 2002: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York
- Hauff, Volker (Hg.), 1987: Unsere gemeinsame Zukunft, Greven
- Holsti, Ole R., 1995: Theories of International and Foreign Policy: Realism and its Challengers; in: Kegley, Charles W. Jr., 1995: Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge, New York, 35-66
- Klein, Bradley S., 1988: After Strategy: Towards a Postmodern Politics of Peace, in: Alternatives, 13/1988, 293-318
- Klein, Naomi, 2002: No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern, Berlin
- Missbach, Andreas, 1997: Nachhaltige Entwicklung und Nord-Süd-Konflikt – Das Umfeld von NGO-Aktivitäten am Beispiel der internationalen Klimapolitik; in: Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim/Haake, Markus/Walk, Heike (Hg.), 1997: Vernetzt und verstrickt. Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster, 85-112
- Morgenthau, Hans J., 1973: Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace, 5. Aufl., New York
- Paterson, Matthew, 1996: Global Warming and Global Politics, London/New York
- Radkau, Joachim, 2000: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München
- Röttger, Bernd, 1997: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster
- Scharpf, Fritz W., 1993: Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat; in: Czada, Roland/Schmidt, Manfred G. (Hg.), 1993: Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. Festschrift für Gerhard Lehbruch, Opladen, 25-51
- Spehr, Christoph, 1999: Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter, München
- Walter, Franz, 2002: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin
- Waltz, Kenneth N., 1979: Theory of International Politics, New York
- Wöhlecke, Manfred, 1997: Ökologische Sicherheit – Neue Agenda für die Umweltpolitik, Baden-Baden
- Zürn, Michael, 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt/M.